Das „Jüd. Echo“ ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1928	Wochenkalender	5688	
	Juli	Aw	Bemerkungen
Sonntag	22	5	
Montag	23	6	
Dienstag	24	7	
Mittwoch	25	8	
Donnerstag	26	9	תשעה באב
Freitag	27	10	
Samstag	28	11	ואתחנן שבת נחמו פרק ג׳

die am 19. Juli in Berlin begonnen hat, besondere Aufmerksamkeit schenken muß. Und zwar auch dann, wenn man selbst der Zionistischen Organisation nicht angehört, jedoch in den Bestrebungen und Wirkungen dieser Organisation eine der hervorstechendsten Erscheinungsformen zeitgenössischer alljüdischer Betätigung erblickt. Es ist nur bedauerlich, daß diese Tagung, ungleich dem Zionistenkongresse, hinter verschlossenen Türen stattfindet und daß man zur Beurteilung der Vorgänge auf dieser Tagung auf die spärlichen offiziellen Verlautbarungen angewiesen ist. So wird man eigentlich nur das Ergebnis der Verhandlungen in Form der gefaßten Beschlüsse kennenlernen, wobei man sich darüber klar sein muß, daß die wesentlichsten Dinge sehr oft nicht in formellen Resolutionen ihren Niederschlag finden.

Unter normalen Verhältnissen wäre die Tagung des Zionistischen Aktionskomitees eine vorwiegend geschäftsmäßige Angelegenheit geworden. Die Vertreter der einzelnen zionistischen Landesorganisationen und Sonderfraktionen hätten festzustellen gehabt, wie sich die Beschlüsse des letzten Zionistenkongresses in Basel im Leben ausgewirkt haben, bis zu welchem Grade die in Basel gewählte Exekutive die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt hat, wie der Stand der unternommenen Konsolidierung der zionistischen Finanzen ist und in welchem Maße die Krise im Aufbauwerk liquidiert ist, um von neuer konstruktiver Arbeit abgelöst zu werden. Alles in allem: die Tagung des Aktionskomitees, die im kongreßlosen Jahre die Agenden des Kongresses zu erledigen hat, ließ noch vor wenigen Wochen kaum erwarten, daß auf ihr Fragen der zionistischen Politik und Meinungskämpfe der einzelnen Richtungen eine besondere Rolle spielen werden.

Das ist nun anders geworden. Der Bericht der Jewish-Agency-Kommission hat die Situation von Grund aus anders gestaltet. Dieser Bericht stellt fest, daß nach Meinung der unparteiischen Mitglieder der Kommission die Errichtung des jüdischen Nationalheims in Palästina Sache der Gesamtjudenheit ist. Ferner fordert er im Namen der Juden in der ganzen Welt, daß die Mitglieder der Kommission nachdrücklich von der Mandatarmacht aktive Förderung der Aufbauarbeit in Palästina verlangt haben, weil nur eine derartige Haltung der vor der öffentlichen Meinung, dem jüdischen Volk und dem Völkerbund im Palästinamandat wörtlich und dem Sinne nach übernommenen Verpflichtungen entspricht.

Außer diesen Teilen des Berichtes, die der communis opinis der Juden und der wahrhaft fortschrittlichen und gesitteten Welt entsprechen, enthält aber der Bericht einzelne Partien, die sich ausschließlich an die Hauptträgerin der Aufbauarbeit in Palästina, an die Zionistische Weltorganisation, wenden und in weiten Teilen dieser Hauptargument dieser Stellungnahme, daß die Kommission der nationalen und sozialen Seite des Palästinaaufbaus nicht genügendes Verständnis entgegengebracht hat. Sie faßte ihre Aufgabe vielmehr in der Richtung auf, ein fachmännisches Urteil über die Kolonisationsaufgabe des Judentums in Palästina abzugeben. Nun ist ja der Palästinaaufbau, volkswirtschaftlich betrachtet, ein Kolonisationsunternehmen. Darüber ist kein Zweifel. Es ist nur fraglich, ob man dem Gesamtproblem dieses Aufbaus gerecht wird, wenn man es ausschließlich vom ökonomischen Standpunkt aus betrachtet. Es liegt gerade in diesem Falle die Vermutung nahe, daß es sich bei der ganzen Sache um etwas handelt, für das in der bisherigen Kolonisationsgeschichte kein Analogon zu finden ist.

Aus diesem Grunde ist es verständlich, daß das Aktionskomitee mit Hintansetzung anderer Punkte seiner Tagung sich leidenschaftlich mit dem Berichte der Jewish-Agency-Kommission beschäftigen wird, weil dieser Bericht ja eine längst fällige Voraussetzung für die Erweiterung der Jewish Agency darstellt. Soll nun diese tatsächlich vor sich gehen, so müßte der Bericht die Billigung des Aktionskomitees finden. Wohl oder übel wird sich also die Berliner Tagung mit der Materie beschäftigen müssen. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern geradezu ihre Pflicht. Fragt sich nur, wie der voraussichtliche Verlauf der Debatte aussehen wird. Wenn Besonnenheit und höchstes Verantwortungsbewußtsein auf der Tagung herrschen werden — und nichts berechtigt zu der Annahme, daß das nicht der Fall sein wird —, so kann das Zionistische Aktionskomitee zu keiner entscheidenden Beschlußfassung gelangen. Es gibt im Leben und in der Politik Situationen, auf die man nicht mit einem glatten „Ja" oder mit einem kategorischen „Nein" anworten kann. Das scheint uns in der gegenwärtigen Situation der Fall zu sein. Der Bericht der Kommission enthält viel Positives und von jedem Standpunkte aus Brauchbares. In anderen Hinsichten ist er unzulänglich — besonders in den Fragen der Finanzierung des Aufbaues — und wird den Tatsachen und den Notwendigkeiten nicht gerecht. Nichts berechtigt jedoch zu sagen, daß die Kommissionsmitglieder bei der Abfassung des Berichtes nicht vom besten Willen beseelt waren. Dieser gute Wille ist eine Basis, auf der man bauen kann. Darum sollte, unserer Ansicht nach, das Aktionskomitee den Bericht der Kommission als Grundlage weiterer Verhandlungen betrachten, die in Anbetracht des guten Willens auf beiden Seiten einmal doch zu einem Einverständnis führen werden.

Schließlich ist man sich überall darüber klar, daß derartige Abmachungen nicht im Kampfwege erzielt werden können. Politik ist die Kunst des Möglichen. Gegen den consensus der Beteiligten — und die nichtzionistischen Palästinafreunde sind

doch in geringerem Maße persönlich beteiligt als die Menschen, die Subjekte des Aufbaus sind oder zu werden sich sehnen — kann man keine neuen Methoden aufzwingen. Das werden die Herren Marshall, Warburg und ihre Freunde einsehen. Anderseits muß man auf intransigent zionistischer Seite erkennen, daß der Prozeß der Einfühlung für den wahren Sinn des Palästinaaufbaus bei den Nicht- und Nochnicht-Zionisten nur allmählich Erfolge zu bringen vermag. Die Zeit wirkt in dieser Hinsicht Wunder. Eines dieser Wunder ist, trotz alledem, der Bericht der Jewish-Agency-Kommission. Man kann nicht die Dinge übers Knie brechen. An den Zionisten darf es nicht liegen, daß die Verhandlungen wegen Erweiterung der Jewish Agency scheitern. Wenn man besonnen und loyal vorgeht, wird die Durchführung dieses Planes auch nicht an der anderen Vertragsseite Schiffbruch erleiden. Das Aktionskomitee wird also gut tun, wenn es zunächst eine Entscheidung dieser Frage der Instanz überläßt, die u. E. allein befugt ist, autoritativ zu beschließen — nämlich dem nächsten ordentlichen Zionistenkongreß, dessen Delegierte im Hinblick auf diese Entscheidung sich um ihre Mandate bewerben werden. m. w.

Arthur James Balfour

Von Pierre Van Paassen

Balfour, der Mann, mit dessen Name und Wirken die Zukunft Palästinas und des jüdischen Volkes aufs engste verknüpft sind, feiert am 25. Juli 1928 seinen achtzigsten Geburtstag. Eine Würdigung seiner Persönlichkeit, der alle Juden größte Dankbarkeit und aufrichtige Verehrung schulden, gibt der nachstehende Artikel.

Obzwar man Lord Balfour häufig als einen „radikalen Tory der alten Schule" und unbeugsamen Konservativen bezeichnet und er wirklich selbst diesen Eindruck macht, war er doch in Wirklichkeit einer der wirksamsten Prediger der Demokratie im modernen England. Obgleich ihn viele in der Welt des Gedankens und der Kultur als einen Skeptiker in religiösen Dingen mit einer starken Neigung zum Atheismus ansahen, pflegte er doch, wenigstens bis vor ein paar Jahren, jeden Morgen an dem Gottesdienst in St. Margarets Church teilzunehmen, und obgleich die Staatskanzleien von Europa und Asien ihn ein Vierteljahrhundert hindurch als klugen Politiker kannten, der das verführerische Spiel der Diplomatie im kleinen Finger hat, hat er sich doch selbst oft genug zu tiefster, überlegenster Verachtung von Politik und Diplomatie bekannt.

Wirklich, die unvereinbarsten Elemente sind vereint in der außerordentlichen Persönlichkeit des Mannes, dessen Name mit dem Nationalen Heim für das jüdische Volk unlösbar verbunden ist. Man fragt sich wirklich, was diesen merkwürdigen, oft lethargischen, noch öfter undurchschaubaren Mann, den man einst „das ewige Nein" in der irischen Homerulefrage nannte, was ihn bewog, die Sache des jüdischen Volkes bei der Konferenz in Versailles zu verfechten und ihr Advokat in den Beratungen zu werden, die auf die Konferenz folgten.

Lord Balfours inniges und dauerndes Interesse für den Erfolg der zionistischen Sache in Palästina, sein Vertrauen zu dem jüdischen Einfluß im ganzen Orient wird um so bezeichnender, wenn man bedenkt, daß er sich eigentlich von der aktiven Teilnahme an der Politik in England zurückgezogen hat. Denn Balfours Einfluß ist heute größer, als er jemals während seiner aktiven Teilnahme an der Regierung war. Daß er sich von der Politik zurückzog, hat Lord Balfour nicht das geringste von seiner Autorität und seinem Einfluß auf das Denken und Meinen in England und der übrigen Welt geraubt. Vielleicht liegt der Grund für dieses merkwürdige Anwachsen von Autorität in der Tatsache, daß er, obgleich er immer frei von den Versuchungen war, die die tieferen Schichten der politischen Welt locken, heute selbst jenem feineren, aber nichtsdestoweniger wirksamen Einfluß entzogen ist, der das Urteil des unabhängigsten Parteiführers trübt und sein Gewissen täuscht.

Ein Blick auf sein Leben würde zeigen, daß nur die tiefsten Fragen menschlichen Tuns, daß nur die größten Ereignisse imstande waren, Lord Balfour bis zu einer Art von Enthusiasmus aufzuwühlen. Er ist oft mit hemmungsloser Energie an sein Werk gegangen. Es gab Zeiten, wo er ganz Aktion war, wo er ins Feuer geriet, aber es brauchte immer den Ansporn eines gewaltigen Anlasses, eines Ereignisses von Weltbedeutung und Weltwirkung, um ihn anzutreiben.

Seiner Veranlagung nach neigt er gar nicht zum Enthusiasmus. In ihm ist wenig von dem kraftsprühenden, elektrisierenden, bilderstürmenden Geist eines Lloyd George. Er scheint alle Fragen und alle Ereignisse in kritischem und analytischem Geist anzugehen. Selbst wenn er von dem inneren Wert einer Idee, von ihrer Wünschbarkeit und ihrer praktischen Bedeutung überzeugt ist, gerät er nicht in Ekstase. Er hat nicht Win-

aufnahm, wie ein Advokat, der ja sein Bestes für seinen Klienten getan hat, aber nicht bereit ist, sich durch Trauer über seine Niederlage das Mittagessen zu verderben. Seine Gleichgültigkeit war manchmal ungewöhnlich genug, um selbst seine besten Freunde zu verblüffen; doch fand sie eines Tages eine Erklärung durch Mr. Wyndham, der Lord Balfours Klugheit rühmte und dabei sagte: „Arthur hat nicht genug Interesse für diese Dinge. Nichts wird ihn dazu bringen, sich zu interessieren. Er weiß, daß einmal eine Eiszeit war und daß eines Tages wieder eine Eiszeit kommen wird."

Irgendeine Wärme war das letzte, was man von seiner Haltung erwartet hätte, wenn er sich auf der Regierungsbank räkelte, bemerkt sein Biograph, wozu ein zeitgenössischer Politiker aus den heftigen Irland-Debatten hinzufügt: „Er hielt gewöhnlich die Augen geschlossen, die Beine in einer merkwürdig lose-steifen Art gekreuzt, lang und schmal: Beine, so unwahrscheinlich, wie die Henry Irvings auf der Bühne."

Lord Balfour war nie bezaubernd, hat nie Freunde durch wahllos sich äußernde Genialität angezogen. Er stand abseits, er hatte wenige Intime. Aber das heißt nicht, daß „die Gastfreundschaft seines Geistes nicht allen ehrlichen Besuchern offen und bereit war". Seinen Kollegen galt immer die Loyalität seines Denkens und ritterliche Hilfe im öffentlichen Leben. Die Engländer werden es immer als eine Haltung höchsten Anstandes und vornehmster Einstellung schätzen, daß Lord Balfour nach der Demission Asquiths über alle persönlichen Erwägungen hinwegging und mit der ganzen gewaltigen Macht und dem überragenden Prestige, das er bei allen europäischen Regierungen besaß, erklärte, er betrachte sich als „das geringste aller Mitglieder in Lloyd Georges Kriegskabinett".

„Ich sympathisiere nicht", sagte Balfour einmal, „mit dem Geschrei über die unendliche Anhäufung von Büchern. Sie brauchen niemanden zu

spricht er von dem „Vorteil einer unwählerischen, allgemeinen und unersättlichen Neugier, alles zu wissen, was man wissen kann. Das ist ein Vergnügen, das länger vorhält als jedes andere. Diesem Hunger folgt keine Sättigung, er ist unabhängig von allen Wechselfällen der Verhältnisse und von der Liebe oder Abneigung unserer Mitmenschen."

Am Beginn seiner Laufbahn zeigte Mr. Balfour eine Neigung für Metaphysik und Philosophie. „Sein" Philosoph ist Henri Bergson. Hier und da im Laufe seines politischen Lebens bog er plötzlich von der geraden und engen Straße der Politik ab und unternahm Ausflüge auf diese Gebiete, zur großen Sorge seiner Kollegen. Das waren die Augenblicke, wo er sein wahres Selbst enthüllte, wo er es restlos klarmachte, daß die ganze Meinung seines Geistes wissenschaftlich ist. Seine Worte. „Newton war vielleicht der größte Mann, den die Welt je gesehen hat", sind in dieser Hinsicht bezeichnend. Weit über die Politik stellte er die Ansammlung von Kenntnissen.

„Wenn in den letzten hundert Jahren", sagte er einmal, „die ganze materielle Grundlage der Kultur gewandelt wurde, danken wir das weder Politikern noch politischen Einrichtungen. Wir danken es den dauernden Bemühungen jener, die die Wissenschaft vorwärtsgebracht und jener, die sie angewandt haben. Wenn unsere Weltanschauung so große und so zahlreiche Änderungen im einzelnen erfahren hat, daß sie in ihrer Gesamtheit einer Revolution gleichkommen, so danken wir das Wissenschaftlern und nicht Theologen und Philosophen. Die Wissenschaft ist das große Instrument sozialen Wandels. Ihr Ziel ist nicht Wandel. sondern Kenntnis, und inmitten des Lärms religiöser und politischer Kämpfe ist es die tiefste der Revolutionen, die die Entwicklung der modernen Kultur charakterisiert."

In solchen Worten können wir eine Erklärung für Lord Balfours Interesse für die hebräische

Universität finden. Es rührt daher, daß hier ein gewaltiger Schritt nach vorwärts in Kultur und Denken der Welt gemacht werden soll. Es rührt daher, daß eine große neue Quelle für die Verbreitung des Wissens eröffnet werden soll. Keine sentimentalen Erwägungen verknüpfen sich damit. Es ist nicht das Primäre, daß er sich darüber freut, daß zweitausend Jahre des Exils für das jüdische Volk glücklich zu Ende gehen. Er ist nicht hartherzig und nicht unempfindlich, aber für ihn ist „die Existenz des Menschen ein bloßer Zufall" und die Masse der Menschheit ist notwendigerweise verurteilt zu harter, undankbarer, unaufhörlicher Arbeit und die Kämpfe der Vergangenheit müssen sich in der Zukunft wiederholen. Aber ihn interessiert es, daß das Volk des Buches von neuem eine Ära bewußter, schöpferischer, wissenschaftlicher Leistung eröffnen will.

Der Zauber moderner Wissenschaft bezwingt ihn. Die Entdeckung der Relativitätstheorie ist für Balfour ein Ereignis erster Größe in der Weltgeschichte, die Messung radioaktiver Wellen ist für ihn eine Frage von höchster Wichtigkeit. Die Politik war ein Spiel, geschickt geführt, ohne niedrige Motive und Selbstsucht. Gewiß, es war darin die unvermeidliche Beimischung von Zynismus, unvermeidlich bei einem Manne, der von Natur die aristokratische Gesellschaftsauffassung angenommen und festgehalten hat. Aber die Politik ist nie als Wissenschaft anerkannt worden. Es war bloß ein Sport, ein Spiel. Wieder soll man daraus nicht schließen, daß seine Leistungen als Ministerpräsident, Staatssekretär für Irland, geistiger Schöpfer der Entente cordiale und später als Friedensunterhändler und Diplomat nicht die eines ernsten und verantwortungsbewußten Staatsmannes gewesen wären.

„Aber ich möchte," sagte er einmal, „daß man mich für jemand hält, der etwas zu unserer Erkenntnis der Wahrheit und der Natur hinzugefügt heit, als für irgend etwas anderes Undenkbares." Das scheint eine Unterschätzung des Wertes von Kunst und Kultur im Leben der Menschheit anzudeuten. Aber Kunst und Kultur verblassen ins Nichts für den, dessen Philosophie beruht auf der wissenschaftlichen Erforschung „der Verkettung von Ursachen, die zuerst eine tote organische Masse in den lebenden Urahn der Menschheit verwandelten".

Und hier beginnen wir den Grund dafür zu sehen, warum Lord Balfour nach Palästina ging, um an der Eröffnung eines großen Laboratoriums teilzunehmen, zusammen mit Weizmann, dem Chemiker.

Der Schulkonflikt in der Münchener Israelitischen Kultusgemeinde

Die Frage der Gewährung eines Darlehens der Gemeinde an den Verein Ohel Jakob zu Zwecken der Erhaltung und Fortführung der jüdischen Volksschule oder evtl. auch die Übernahme der Bürgschaft der Gemeinde für ein solches Darlehen beschäftigte neuerdings die Sitzung der Gemeindevertretung vom 12. Juli 1928. Wie erinnerlich, war ein Antrag der orthodoxen Fraktion, dem Verein Ohel Jakob ein Darlehen in der Höhe von RM. 25.000.— zu gewähren, sowohl von dem Vorstand als auch der Gemeindevertretung, d. h. von deren liberaler Mehrheit, abgelehnt worden. Dieser Antrag wurde neuerdings in etwas modifizierter Form gestellt, so nämlich, daß das ursprünglich zinslos gewünschte Darlehen verzinst werden sollte. Außerdem hatte sich ergeben, daß der Darlehensbedarf sich von RM. 25.000.— auf RM. 35.000.— erhöhte. Auch dieser Antrag war in der Sitzung des Vorstandes vom 5. Juli mit den Stimmen der liberalen Mitglieder abgelehnt worden. Satzungsgemäß mußte auf Verlangen der Antragsteller der Antrag nun auch die Gemeindevertretung zum zweiten Male beschäftigen. In eingehender Darlegung gab zunächst Herr Justizrat Dr. Max Feuchtwanger eine Begründung des Antrages, wobei er gegenüber den bisher geltend gemachten Bedenken weltanschaulicher Art an Hand einer dem jüdischen Jahrbuch entnommenen Liste darauf hinweisen konnte, daß eine ganze Anzahl liberaler oder Einheitsgemeinden Deutschlands jüdische Volksschulen unterhält. Demgegenüber begnügte sich der Sprecher der liberalen Partei, Herr Justizrat Dr. Adolf Strauß, mit einer kurzen Wiederholung des von der liberalen Fraktion bereits früher eingenommenen Standpunkts, ohne auf die sachliche Seite der Angelegenheit noch einmal einzugehen. Aus seiner Erklärung ging hervor, daß auf liberaler Seite ein Fraktionsbeschluß vorliegt, der bei dem herrschenden Fraktionszwang die Möglichkeit der Geltendmachung einer etwa abweichenden Meinung von seiten eines liberalen Mitgliedes der Gemeindevertretung nach außen ausschloß. Außerordentlich bemerkenswert war nun aber, daß der Vorsitzende des Vorstands, Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, in wärmster Weise für die Annahme des Antrages eintrat. Er wies einleitend darauf hin, in wie vielen wichtigen Fragen in den letzten Jahrzehnten bereits ein tiefgehender Wandel der Anschauungen eingetreten sei und daß die im Flusse befindliche Entwicklung beständig neue Einstellung und Überprüfung festgewurzelter Meinungen erfordere. Früher habe z. B. der Verein Ohel Jakob sein Gotteshaus nicht Synagoge und seinen geistigen Führer nicht Rabbiner nennen dürfen und während man noch vor wenigen Jahrzehnten die Bildung jüdischer Studentenvereine als ein Übel bekämpft habe, betrachte man sie heute ganz allgemein als notwendige und in jeder Beziehung wertvolle Organisationen. Was speziell die jüdische Volksschule anbelange, so könne bei der Prüfung des gegenwärtigen Antrags von Bedenken weltanschaulicher Art überhaupt nicht gesprochen werden, denn es handle sich ja nicht darum, daß die Gemeinde von sich aus eine jüdische Volksschule errichte, sondern dem Verein Ohel Jakob für die von ihm bereits errichtete und ihre Aufgaben zur größten Zufriedenheit der Beteiligten

orthodoxer Seite wiederholt Herr Rosenthaler und von zionistischer Seite die Herren Lichtenauer und Justizrat Dr. Fränkel in die Debatte eingriffen. Herr Löwenstein machte darauf aufmerksam, daß der Verein Ohel Jakob gezwungen sei, bei einer neuerlichen Ablehnung des Antrags sich an den Verband zu wenden; eine Äußerung von liberaler Seite ist daraufhin nicht erfolgt. Die schließlich erfolgte Abstimmung ergab wiederum mit 10 Stimmen der liberalen Mitglieder der Gemeindevertretung gegen die 7 geschlossenen Stimmen der orthodoxen und zionistischen Fraktion bedauerlicherweise die Ablehnung des Antrages.

Die Frage der jüdischen Volksschule in München, dessen sind wir überzeugt, wird damit nicht erledigt sein. Sie wird im Gegenteil solange nicht aufhören, ein Kampfobjekt innerhalb der gemeindlichen Kollegien und innerhalb der Gemeinde selbst zu bilden, bis sie die Regelung gefunden hat, die allein ihrer Wichtigkeit für das jüdische Leben entspricht.

Jüdische Rechtsfragen

Berlin, 10. Juli. (JTA.) Am Sonntag, dem 1. Juli, fand zu Berlin in den neuen Räumen des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden — wie einem Bericht der Presseabteilung des Landesverbandes zu entnehmen ist — unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Ismar Freund eine Sitzung des Rechtsausschusses statt, die sich, da eine Fülle von Arbeit zu leisten war, bis in die Abendstunden hinzog. Einige Spezialgebiete wurden dem Unterausschuß des Rechtsausschusses überwiesen, der bereits mit dem Entwurf eines Normalstatuts für die Synagogengemeinden, dem Entwurf einer Wahlordnung u. a. m. betraut ist. Der Unterausschuß besteht nach zwei Zuwahlen aus den Herren Dr. Freund, Dr. Klee, Dr. Wiener, Landgerichtsrat Dr. Rau, Landgerichtsrat Dr. Stern und Fräulein Dr. Berent. Die Weiterführung der Arbeiten bezüglich des Normalstatuts soll vorläufig ruhen, da es sich mit Rücksicht auf die bevorstehende Änderung des Gesetzes von 1847 nicht mehr empfiehlt, das Normalstatut auf dieser Grundlage abzufassen, anderseits der Entwurf des neuen Judengesetzes, solange er nicht Gesetz

meinden vorweg eine Steuerordnung zu gehen, da die Umstellung der Kultussteuererhebung auf die Jetztzeit eine in vielen Gemeinden dringende Frage ist. Der Entwurf einer Beamtenordnung wird nach einem Referat von Dr. Jacobsohn (Breslau) dem Unterausschuß überwiesen. Mit dem Entwurf eines Normalvertrages für jüdische Kultusbeamte setzt sich der Ausschuß im Anschluß an ein ausführliches Referat von Justizrat Hirschberg (Breslau) eingehend auseinander und überweist ihn schließlich an den Unterausschuß zur baldigen Verabschiedung. — Das Justizministerium hat um den Entwurf eines Reglements für die Ausübung der Seelsorge an jüdischen Gefangenen gebeten. Ein von dem Gefängnisrabbiner Dr. Joseph (Berlin) gefertigter Entwurf wird durchberaten und beschlossen, zur Weiterberatung einen Unterausschuß in Breslau einzusetzen. Die Zentralwohlfahrtsstelle soll ersucht werden, das von ihr bereits vorbereitete Material dem Ausschuß zuzuleiten. — Zum Entwurf eines Verbandsgesetzes über ein Wahlprüfungsgericht beim Landesverband wird eine siebengliedrige Kommission eingesetzt. — Die Erhebung von Abzugsgeldern durch Synagogengemeinden wurde für unzulässig erklärt. Über die Möglichkeit eines Religionswechsels Minderjähriger liegen zwei im Ergebnis auseinandergehende Gutachten der Herren Dr. Freund und Senatspräsident Stern vor. Beide Gutachten sollen anfragenden Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. — Die Frage, ob die rechtliche Möglichkeit besteht, daß der Friedhof einer Synagogengemeinde durch die Stadtgemeinde enteignet wird, wird grundsätzlich bejaht. Gleichzeitig wird festgestellt, daß eine Synagogengemeinde niemals freiwillig ihre Rechte an einem Friedhof aufgeben darf. In bezug auf die Rechtsfolgen des Austritts aus einer Synagogengemeinde wird festgestellt, daß die Gemeinde berechtigt ist, dem Ausgetretenen den Besuch der Synagogen zu untersagen und der Betreffende sich des Hausfriedensbruchs schuldig macht, wenn er trotzdem die Synagoge betritt. Die Frage, ob ein strafrechtlicher Schutz des Rabbinertitels möglich ist, wird nach dem augenblicklichen Stand der Gesetzgebung verneint.

Rumänische Justiz

Ungeheuerliches Urteil gegen 18 jüdische Bürger in Piatra-Neamtze

Bukarest, 8. Juli. (JTA.) Das Distriktsgericht von Piatra-Neamtze hat als Berufungsgericht das Urteil gegen achtzehn jüdische Bürger, die sich im Jahre 1925 der Mißhandlung der rumänischen Schüler Belenescu, Herghelegiu und Huditsch schuldig gemacht haben sollen, gesprochen. Es handelt sich, wie erinnerlich, um den folgenden Fall. Am Versöhnungstag des Jahres 1925, als die Judenschaft von Piatra-Neamtze zur Andacht in der Großen Synagoge versammelt war, eröffneten Schüler des rumänischen Gymnasiums ein Steinbombardement gegen die Synagoge. Sämtliche Fensterscheiben gingen in Trümmer, mehrere Andächtige erlitten Verletzungen. Die Andächtigen stürzten panikartig auf die Straße, einige von ihnen ergriffen aus der Mitte der flüchtenden Attentäter die genannten drei Schüler, um sie der Polizei zu übergeben. Es konnte nicht verhindert werden, daß inzwischen empörte Andächtige den ergriffenen Missetätern Prügel verabfolgten. In den folgenden Tagen wurden zahlreiche jüdische Bürger verhaftet, in den Anklagezustand versetzt und zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

Vor dem Berufungsgericht traten als Vertreter der mißhandelten Schüler die bekannten antisemitischen Hetzer Corneli Codreanu, Wassiliu, Adran Lasariu, Girnietza und Climercu auf. Nach langen judenhetzerischen Plädoyers beantragten sie schwere Strafen gegen die jüdischen Bürger. Die Vertreter der Angeklagten, die Advokaten Anton, Jaaniau und Circulescu forderten die Annullierung des erstrichterlichen Urteils. Der Staatsanwalt Panu plädierte für Aufrechterhaltung des Urteils.

Nach viertägiger Verhandlung verkündete das Berufungsgericht das folgende Urteil: Die Angeklagten Moise Solomosi, Itzik Schiler werden freigesprochen, Leon Sigler und Sami Leibowitsch erhalten drei Monate Gefängnis, Abraham Polak, Berci Pisseu Jacobi, Bercu Ghedeli Wolf, Rubin Soifer, Idel Lehr, Itzig Jacobi, Mendel Leibovici, David Daniel und Max Haimovici je 20 Tage Gefängnis, Aaron Katz, Leon Leibovici, Saim Daniel, Burech Sigler, Sami Leibovici je zwei Monate Gefängnis. Die Verurteilten haben außerdem 400 000 Lei an Schmerzensgeld an die Kläger zu zahlen.

Die Verurteilten sind entschlossen, beim obersten Gericht Berufung einzulegen.

Der Kongreß der Völkerbundsgesellschaften und die jüdischen Minderheitenfragen

Haag, 10. Juli. (JTA.) An dem diesjährigen Kongreß der Völkerbundsligen im Haag, dessen Tagungen am 30. Juni mit der äußerst wichtigen und oft stürmischen Sitzung der permanenten Minderheitenkommission begonnen und am 7. Juli geendet haben, nahmen — wie schon mitgeteilt — Vertreter der jüdischen Völkerbundligen Palästinas (L. Motzkin), der Tschechoslowakei (Dr. E. Margulies), Österreichs (Dr. N. Gelber) und Bulgariens (Serper) teil.

Da diesmal die Minderheitenfragen in dem Völkerbundligenkongreß einen besonders großen Raum einnahmen, so beschränkte sich die Mitarbeit der jüdischen Vertreter fast nur auf diese Probleme.

Die jüdischen Vertreter berieten die zahlreichen sie schwer berührenden Vorschläge gemeinsam mit den anderen Vertretern der Minderheiten in einer Reihe von Spezialberatungen und bewirkten zusammen mit ihnen (kollektiv vertreten durch den ständigen Präsidenten der Minderheitenkongresse Dr. Wilfan) eine Reihe von Verbesserungen zu der allgemeinen Resolution des Prof. Bovet, der die Hauptgedanken der einzelnen oben erwähnten Vorschläge zu einem Kompromiß zu verschmelzen suchte. Es wurden darin seitens der Union der Völkerbundligen folgende Wünsche zum Ausdruck gebracht, die vom Kongreß akzeptiert wurden:

1. Daß die bisherigen in den Minderheitsverträgen enthaltenen Klauseln als ein allgemeines Prinzip in den Pakt des Völkerbundes aufgenommen werde, 2. daß alle Staaten gemäß einer im Jahre 1922 vom Völkerbund angenommenen Resolution Minderheitenrechte gewähren sollen, 3. daß der Völkerbundrat ohne Aufschub in eine allgemeine Prüfung des Problems der Minderheiten und der Resultate des bisher existierenden Systems eingehen soll, 4. daß der Völkerbund so schnell als möglich eine permanente Minderheitenkommission einsetze, 5. daß der Völkerbundrat auf die Frage der Notwendigkeit der Ausarbeitung eines Kodexes für die Prozedur aufmerksam gemacht werde.

schweren Nöte von Hunderttausenden von Staatenlosen und verwies auf den doppelten Charakter des Problems — nicht genügende Gewährung des Staatsbürgerrechtes in einzelnen selbst vertraglich gebundenen Ländern (Frage der Register) und anderseits unerhörte Beschränkung der Freizügigkeit für jene Kategorie von Staatenlosen, die die Einbürgerung in einem Lande rechtlich nicht erlangen können. Damit unterstützte er den in einem besonderen Berichte sachlich wohlbegründeten Vorschlag Napier mit Bezug auf die Staatenlosigkeit, der dann einer Spezialkommission aus acht Mitgliedern zur weiteren Behandlung überwiesen wurde.

Die Resolution betreffend die Lage der Juden in Rumänien

Was die konkreten Fragen einzelner Länder anbetrifft, so hatte die Behandlung der jüdischen Lage in Rumänien eine große Bedeutung und die gespannte Aufmerksamkeit nicht nur der jüdischen Delegation und der sehr starken rumänischen Abordnung, sondern auch aller anderen Beteiligten, namentlich aber der sehr zahlreichen Minderheitenvertreter hervorgerufen. Es gab dabei sehr lebhafte und dramatische Auseinandersetzungen. Auf Grund des Auftretens des Vertreters der jüdischen Völkerbundligen, L. Motzkin, der ein Bild der Exzesse gab und auf das spezielle dem Kongreß vorliegende Memorandum sich berief, und des rumänischen Vertreters Djuvara, der die Exzesse in vollem Maße zugestand, gegen den Antisemitismus energisch sprach und eine entschiedene Bekämpfung der Verhetzung zusagte, kam dann eine von beiden Teilen angenommene, die antisemitische Propaganda scharf verurteilende Resolution zustande, welche am 5. Juli in der Vollversammlung des Völkerbundligenkongresses sanktioniert wurde.

Die Resolution lautet: Die Minderheitenkommission der Internationalen Union der Völkerbundsgesellschaften nimmt nach Kenntnisnahme von den Darlegungen der Delegierten der jüdischen Völkerbundsgesellschaften Palästinas, Österreichs, der Tschechoslowakei und Bulgariens über die Lage der jüdischen Minderheiten in Rumänien, sowie von den Erklärungen der Delegierten der rumänischen Völkerbundliga und von den Bemerkungen Delegierter anderer Gesellschaften zu diesem Thema die folgenden Beschlüsse an:

Die Kommission nimmt von der Erklärung der rumänischen Völkerbundgesellschaft Kenntnis, daß sie von den unbegrenzten Gefühlen der Humanität und dem Wunsche nach herzlicher Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Völkerschaften Rumäniens beseelt sei, daß die rumänische Völkerbundliga und alle verantwortlichen Politiker Rumäniens die Ereignisse vom Dezember 1927 (Großwardein, Klausenburg usw. Anm. d. Red.) tief bedauern, und alles, was in ihren Kräften steht, tun werden, um einer Wiederholung solcher Ereignisse vorzubeugen.

Die Kommission drückt infolgedessen die Hoffnung aus, daß die rumänische Regierung gemäß dem von ihr in dieser Hinsicht zum Ausdruck gebrachten Wünsche alle nur möglichen Maßnahmen ergreifen wird, um eine Wiederkehr solcher Ereignisse zu verhindern und die gegen die legale Position der jüdischen Minderheit gerichtete antisemitische Propaganda zu unterdrücken.

In derselben Sitzung ergriff auch zur Frage der Situation in Tirol Dr. E. Margulies das Wort, um die Sympathien der jüdischen Minderheiten für alle unterdrückten Minderheiten zum Ausdruck zu bringen.

Aus der jüdischen Welt

Neue Friedhofschändungen zu Köln und in Bovenden

Berlin, 12. Juli. (JTA.) Dem „Israelitischen Familienblatt“ wird aus Köln gedrahtet, daß die Bethalle des alten jüdischen Friedhofs am Bonner Tor beschädigt worden ist. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Berlin, 13. Juli. (JTA.) Der jüdische Friedhof in Bovenden bei Göttingen ist — wie der C.-V.-Zeitung“ mitgeteilt wird — zum drittenmal von Friedhofschändern heimgesucht worden. Ein Grabdenkmal wurde zerbrochen und umgestürzt.

Über die letzte Serie der Friedhofschändungen schreibt die „C.-V.-Zeitung“: „Kaum sind die Wahlen vorüber, so mehren sich wieder die Friedhofschändungen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Kreise, hinter denen man die Friedhofschänder vermuten muß, während der Wahlzeit Enthaltsamkeit gepredigt

haben, damit nicht die Öffentlichkeit gegen sie aufstehe und sie so Stimmeneinbuße erleiden könnten. Nun ist diese Hemmung gefallen, und die Vandalen beginnen von neuem ihr Werk."

Der Friedenstempel in Halensee geht in den Besitz der Berliner Jüdischen Gemeinde über

Berlin, 13. Juli. (JTA.) Die Berliner Jüdische Gemeinde hat den in der Markgraf-Albrecht-Straße in Halensee gelegenen, von Professor Goldberg erbauten Friedenstempel gekauft. Der Friedenstempel wird nun Gemeinde-Synagoge. Damit ist die Zahl der Berliner Gemeinde-Synagogen auf 12 angewachsen.

Landestagung des Hessischen Landesverbandes Israelitischer Religionsgemeinden

Darmstadt, 15. Juli. (JTA.) Die diesjährige Landestagung des Hessischen Landesverbandes Israelitischer Religionsgemeinden fand in Mainz statt. Aus dem Geschäftsbericht, den Kommerzienrat A. Meyer erstattete, geht hervor, daß sich die Zahl der Verbandsgemeinden von 85 auf 121 erhöht hat. Durch den Beitritt 12 weiterer Gemeinden mit 577 Mitgliedern zählt der Verband neuerdings 132 Gemeinden (die Gemeinde Kirchbrombach hat sich aufgelöst) mit mehr als 15 000 Mitgliedern. Nicht angeschlossen sind noch 9 Gemeinden in Rhein-Hessen (219 Personen), 2 im Rabbinat Offenbach (252 Personen) und 13 in Oberhessen (566 Personen), 46 Gemeinden im Rabbinat Darmstadt II (2495 Personen). Von Beiträgen in Höhe von 22 781 RM. wurden 19 625 RM. für Besoldungen usw. verausgabt. Der Verband beschäftigt etwa 42 Lehrer.

Über eine vom hessischen Staat erbetene Subvention in Höhe von 16 000 RM. liegt noch keine Entscheidung vor.

Das Kammergericht bestätigt den Ausschluß jüdischer Mitglieder aus dem Alpenverein

Berlin, 15. Juli. (JTA.) Das Kammergericht hat unter Vorsitz des Senatspräsidenten Ruckert als Berufungsinstanz dahin entschieden, daß die Klage der sieben aus der Sektion Berlin des deutsch-österreichischen Alpenvereins ausgeschlossenen Mitglieder auf Ungültigkeit des Ausschlusses abgewiesen werde. Das Urteil des Landgerichts II, das den Ausschluß für nichtig erklärte, wurde aufgehoben. Es handelt sich bekanntlich um jüdische Mitglieder des Alpenvereins, die nach Einführung des antijüdischen Numerus clausus im Alpenverein einem neugegründeten Verein beitraten und darum ausgeschlossen wurden.

Wieder ein Freispruch wegen „Judenrepublik"

Berlin, 13. Juli. (JTA.) Vor der Strafkammer in Bremen, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Marks, hatte sich der nationalsozialistische Maler Theodor Gude wegen Vergehens gegen § 8 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu verantworten, weil er als Gauleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein Flugblatt mit den Leitsätzen: „Volk in Not, Jude nimmt's Brot, Marxisten, wenn ihr nicht feige seid, kommt und beweist, daß euch die Judenrepublik Arbeit und Brot gegeben hat" im Wahlkampf hatte verteilen lassen. In erster Instanz war Freisprechung erfolgt. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die Strafkammer kam nun ebenfalls zu einer Freisprechung des Angeklagten, weil in dem Flugblatt lediglich die antisemitische Gesinnung zum Ausdruck käme. Man habe sich lediglich als nationaler Arbeiter mit den internationalen Arbeitern darüber aussprechen wollen, ob die Republik, in welcher die Juden nach Ansicht des Angekagten und seiner Gesinnungsgenossen einen großen Einfluß hätten, Arbeit und Brot geschaffen habe. In diesem Zusammenhange sei das Wort keine Beschimpfung, man habe nur den verhältnismäßig großen Einfluß der Juden auf die heutige Republik kennzeichnen wollen, eine Beschimpfung der Republik sei nicht beabsichtigt gewesen. — Dies die Urteilsbegründung laut Bericht der völkischen Blätter, die noch hinzufügen, daß der Verteidiger sich auf die bekannte Entscheidung des Reichsgerichtes im Jahre 1927 berufen konnte, wonach der Ausdruck „Judenrepublik" nicht durchaus eine Beschimpfung der Republik sein muß.

Irredentistische Propaganda in jüdischen Gebetbüchern

Wien, 10. Juli. (JTA.) Der „Neuen Freien Presse" wird aus Bratislava gemeldet, daß die tschechoslowakischen Behörden eine große Menge jüdischer Gebetbücher (Sidurim) konfisziert hat, weil sie hebräische Gebete für die Wiederherstellung Ungarns in den Vorkriegsgrenzen und für die Befreiung der Slowakei aus dem Joch der Tschechen enthielten. Wie die Zeitung weiter mitteilt, herrscht unter den tschechoslowakischen Juden Empörung über diese Propaganda Ungarns, die vor dem Mißbrauch der jüdischen Religion zu politischen Zwecken nicht zurückscheut, nur

Polizei ist untätig.

Gegen den Antisemitismus in der Roten Armee und in der Beamtenschaft

Moskau, 11. Juli. (JTA.) Das offizielle Organ der Roten Armee, die Zeitung „Krassnaja Armija", fordert eine kulturelle Aufklärungsarbeit unter den Soldaten der Roten Armee, von denen viele dazu neigen, über ihre jüdischen Kollegen, sogar über jüdische höhere Militärbeamte, antisemitische Bemerkungen fallen zu lassen.

Der Vorsitzende des Rayon-Exekutivkomitees von Beschenkowitsch, Wassil Tatirdz, wurde vom Kreisgericht von Witebsk zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, weil er sämtliche Bäume auf dem jüdischen Friedhof fällen ließ, um aus dem Material das abgebrannte Volkshaus wieder aufbauen zu lassen.

Die Regierung hat eine Kommission zur Untersuchung der Lage der Juden von Daghestan ent-

Leiters der Rettungsexpeditition in der Arktis

Berlin, 16. Juli. (JTA.) Aus Kreisen der in Berlin lebenden russisch-jüdischen Intelligenz wird der JTA mitgeteilt, daß Prof. Samoilowitsch, der Leiter der Rettungsexpedition in der Arktis und Kommandant des großen russischen Eisbrechers „Krassin", der die von der gesamten Welt bewunderten Rettungstaten vollbracht hat, ein Jude sei.

Der russische Publizist Wolkowski, ehemals Chefredakteur der liberalen russischen Tageszeitung „Utro Rossij", der Professor Samoilowitsch kennt und in früheren Jahren persönlichen Verkehr mit ihm gepflogen hat, teilt dem JTA-Vertreter mit, daß Samoilowitsch einer angesehenen jüdischen Familie entstammt und selbst ein guter Jude sei. Vor dem Kriege wohnte Samoilowitsch in Petersburg und spielte als angesehener Ingenieur eine große Rolle in der Residenz des Zaren. Er war auch Vertrauensmann deutscher Industrie-Konzerne, wie A. E. G. und Siemens-Schuckert. Nach der bolschewistischen Revolution wurde er von der Sowjet-Regierung als Spezialist in Wirtschafts- und Industriefragen zu staatlichen Werken herangezogen und später zum Professor am Politechnikum ernannt. Als sich nach der Katastrophe der Nobile-Expedition der italienische Regierungschef Mussolini an die russische Sowjet-Regierung mit der Bitte um die Entsendung einer Rettungsexpedition nach der Arktis wandte, betraute die Sowjet-Regierung Prof. Samoilowitsch mit der Leitung der gesamten Rettungsexpedition, die von den großen Eisbrechern „Krassin" und „Malegyn" ausgeführt werden sollte. Nach der Befreiung der Mannschaft aus Nobiles Rotem Zelt und der Malmgreen-Gruppe durch den „Krassin" (bekanntlich wurde auch die Sora-Gruppe von „Krassin" entdeckt, wodurch erst ihre Rettung mittels Flugzeug ermöglicht wurde), hat Mussolini Prof. Samoilowitsch seinen Dank aussprechen lassen.

Die Sitzung des JCA-Rates

Paris, 12. Juli. (JTA.) Der Verwaltungsrat der Jewish Colonisation Association (JCA) hielt am 30. Juni in Paris eine Sitzung ab, in deren Verlauf Maßnahmen zur Konsolidierung der Lage in mehreren Zentren Argentiniens, Brasiliens, Kanadas und Palästinas beschlossen wurden. Das Budget für die Fachschulen in Polen wurde genehmigt, weitere Vorschüsse zwecks Verbesserung der jüdischen Landwirtschaft in Polen wurden bewilligt. Schließlich stellte der Rat ansehnliche Kredite zugunsten des landwirtschaftlichen Werkes und der Darlehenskassen in Rußland dem General-Direktorium zur Verfügung.

Die Frage einer Selbstregierung Palästinas vor dem Unterhaus

London, 15. Juli. (JTA.) In der gestrigen Sitzung des britischen Unterhauses hielt Colonel

Wedgwood eine Rede über britische Kolonisationsprobleme im Zusammenhang mit der bevorstehenden Abstimmung über das Kolonialbudget und ersuchte den Minister für die Kolonien, sich namens der Regierung dem Hause gegenüber zu verpflichten, daß in keinem Falle dem Mandatslande Palästina eine Selbstregierung oder eine sonstige repräsentative Ordnung in irgendeiner Form gewährt werde, solange noch irgendwie Gefahr besteht, daß die jüdische Minderheit von der Mehrheit benachteiligt wird. Vor wenigen Jahren noch, fuhr Wedgwood fort, glaubte man, es sei der einzig richtige Weg, allen Teilen des Reiches Selbstregierung zu gewähren. In den letzten Jahren aber ist man nach und nach zu der Überzeugung gekommen, daß Selbstregierung um jeden Preis keinen Fortschritt bedeutet, sondern zu einer Pseudo-Demokratie führt, die sehr gefährliche Formen der Unterdrückung des Minderheitselements annehmen kann. Man müsse darauf achten, daß alle Bevölkerungsteile im Lande des Fortschritts teilhaftig werden und ihren Anteil an Verantwortung übernehmen und tragen können, bevor es zu einer Selbstregierung kommt. Bis es soweit ist, muß man die Zügel der Kontrolle fest in den Händen behalten, damit nicht Ungerechtigkeit und Unterdrückung sich im Lande breitmachen. — Von der Regierungsbank erfolgte keine Stellungnahme zu diesen Ausführungen Wedgwoods.

Der berühmte Talmudist Rabbi Solomon Poliatschek gestorben

Neuyork, 10. Juli. (JTA.) Rabbi Solomon Poliatschek, der aus Meitshet stammende, als „Illui" verehrte hervorragende Gelehrte, der seit vielen Jahren als Dekan des talmudischen Departements der Rabbi Jizchak Elchanan-Jeschiwa gewirkt hat, ist im Alter von 51 Jahren an den Folgen einer Kiefer-Operation gestorben. Die Operation wurde infolge eines komplizierten Zahngeschwürs notwendig. Der Tod des hervorragenden Gelehrten wird von seinen zahlreichen Schülern wie von allen orthodox-religiösen Gemeinden in Amerika tief betrauert.

Keine Spaltung der Zionistischen Organisation Amerikas — Aber die Opposition führt den Kampf weiter

Neuyork, 15. Juli. (JTA.) Die Führer der zionistischen Opposition in Amerika hielten in diesen Tagen eine Sondertagung ab, in der beschlossen wurde, den Kampf für die „Hebung der Moral und der Tatkraft in der amerikanischen zionistischen Bewegung und für den Aufbau nach den richtigen Grundlinien" fortzuführen. Eine Anzahl Redner forderte den Austritt aus der offiziellen Organisation und die Bildung einer neuen Partei; die Mehrheit aber entschied sich für ein Verbleiben in der zionistischen Landesorganisation. Zur Formulierung eines Programms und Fortführung des Kampfes wurde aus der Mitte der 65 Anwesenden ein Komitee gebildet, das sich aus Julian Mack, Jacob de Haas, Robert Szold, Frau Robert Szold, Zeldin und den Revisionisten Smertenko und Danzis zusammensetzt.

Die Frage der Ölröhrenleitung Mosul-Haifa positiv entschieden

Jerusalem, 10. Juli. (JTA.) Die Zeitung „Al Carmel" behauptet, aus zuverlässiger Quelle erfahren zu haben, daß die Führung der Ölröhren von Mosul nach dem Hafen von Haifa bereits definitiv beschlossen worden sei. Nach der gleichen Quelle hätte Groß-Britannien gegenüber den amerikanischen und den französischen Öl-Konzessionären die Verpflichtung übernommen, für die Sicherung der Röhrenleitung zu sorgen und den Betrag, den die Mosul-Haifa-Leitung mehr kostet als eine Mosul-Syrien-Leitung gekostet hätte, aus Eigenem zu leisten.

Wer wird den Haifaer Hafen erbauen?

London, 11. Juli. (JTA.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses befragte Colonel Wedgwood den Staatssekretär für die Kolonien, ob die Erbauung des Hafens von Haifa von der Regierung, wie ursprünglich geplant, in eigener Regie durchgeführt oder im Wege durch Vergebung an Firmen realisiert werden wird; ferner wann mit den eigentlichen Arbeiten begonnen werden wird. Captain Margesson erwiderte im Namen des Kolonienministers, man habe beschlossen, den Hafen im Wege eines Vertragsabschlusses zu erbauen. Die Ingenieure der Regierung haben die Bedingungen der Arbeitsvergebung bereits entworfen; es ist zu hoffen, daß Ende November 1928 Angebote vorliegen werden.

Der Bau des Jüdischen Nationalhauses in Jerusalem — Preisrichter Professor Josef Frank

Wien, 11. Juli. (JTA.) Auf Einladung des Direktoriums des Jüdischen Nationalfonds begab sich der berühmte österreichische Architekt und Professor an der Wiener Hochschule für Kunstgewerbe Josef Frank nach Palästina, um dort als der erwählte Preisrichter über eingereichte Pläne und Entwürfe zum Bau des Jüdischen Nationalhauses in Jerusalem zu fungieren. Mit dem Bau des Nationalhauses soll demnächst begonnen werden.

prangen, dazu unterhalten sie ihre Augen mit blutroter Schminke. War eine hochgewachsen, so ließ sie sich von zwei Mägden begleiten, die kleiner waren als sie, damit die Größe ihrer Gestalt noch mehr ans Licht trete. War eine klein, so trug sie Schuhe mit dicken Sohlen, um groß zu erscheinen.

Auch pflegten die Töchter Jerusalems ein hohles Ei mit Balsam gefüllt in ihren Schuhen zu tragen. Kam nun eine Schar Jünglinge, so stampfte das Mädchen mit dem Fuße auf, die Schale zerbrach, und der Duft des ausströmenden Balsams hatte auf die Jünglinge die Wirkung von Schlangengift.

Jesaja predigte ihnen Buße, damit die Feinde nicht über das Land kämen. Aber die leichtfertigen Frauen entgegneten: Dringen die Feinde zu uns, was können sie uns Übles tun? Ein fremder Fürst, sobald er eine von uns erblickt, nimmt er sie fort und macht sie zu seiner Frau. Ein Feldherr, der unsere Schönheit sieht, gewinnt uns lieb. Ein hoher Rat wird von unserer Anmut gefangen und setzt das Mädchen in seinen Wagen.

Als durch die Sünden der Frauen Jerusalems der Feind wirklich kam, putzten sie sich wie Huren auf und zogen aus der Sadt ins Lager hinaus; und die fremden Söldner, Führer und Fürsten buhlten mit ihnen und ließen sie in ihren Wagen fahren.

Sogleich machte der Herr die Scheitel der Töchter Zions kahl. Er ließ ihre Haare aussätzig werden, und ihre Haare wurden von Läusen übersät.

Vom letzten Kampf

Als der Bösewicht Nebukadnezar mit seinen Fürsten über Jerusalem herfiel, da hofften sie es in kurzer Zeit einzunehmen. Allein der Herr stärkte die Kraft derer zu Jerusalem drei Jahre lang, denn er wähnte, sie würden Buße tun. Es gab Helden ohne Zahl in der heiligen Stadt, und die kämpften mit den Chaldäern und machten viele von ihnen nieder.

Im besonderen tat sich ein Held hervor, mit Namen Akiba. Er fing die Steine auf, die die Feinde gegen die Mauer schleuderten, und warf sie auf diese selbst zurück, so daß viele umkamen. Danach ließ er die Steine auch an seine Füße anprallen und stieß sie mit diesen zurück auf die Angreifer.

Allein das Maß der Sünden wurde voll, ein Sturm kam, und der warf Akiba von der Mauer hinunter, daß er zerschmettert wurde und starb. Alsbald wurde die Mauer durchbrochen und die Chaldäer drangen in die Stadt.

In dieser Stunde beschwor Hanamael, der Oheim Jeremias, die diensttuenden Engel bei dem [...] aber vergeblich, denn ihre Namen waren jetzt anders. Nunmehr beschwor Hanamael den Fürsten der Welt bei dem heiligen Namen, und der hob Jerusalem empor, daß es in der Luft schwebte. Allein der Herr stieß es in seinem Zorn vom Himmel und es fiel auf die Erde. Da brachen die Feinde ein und zertrümmerten die Häuser; sie drangen in den Tempel und steckten ihn in Brand.

Die Hungersnot

Und das Brot ging aus in Jerusalem. Zu Anfang, da erhielt man für eine Schüssel voll Gold eine Schüssel Weizenkörner. Hernach gab es für die Schüssel Gold nur eine Schüssel Roggen, hernach nur noch eine Schüssel Gerste und zuletzt nur noch eine Schüssel Stroh und tranken die Brühe.

Einer von den Großen Jerusalems sprach zu seinem Knaben: Geh' und bringe mir ein wenig Wasser. Der Sklave zog aus und der Herr bestieg das Dach seines Hauses und hielt von da Ausschau nach ihm. Der Bote kam zurück und sagte: Es war kein Wasser zu finden. Da sprach sein Herr: Zerbrich deinen Krug. Der Sklave warf das Gefäß zur Erde und es zerschellte. Und der vornehme Mann stürzte sich vom Dach seines Hauses und war tot, und die zerschmetterten Glieder mischten sich mit den Scherben des Topfes.

Der neunte Ab

Die edlen Kinder Zions, dem Golde gleich geachtet, wie sind sie nun den irdenen Töpfen gleich, die ein Töpfer macht.

Rabbi Jose erzählt: Die Stunde, in der der Tempel zerstört worden ist, war der Ausgang des Sabbattages und der Ausgang des Sabbatjahres; es war die Nachtwache des Jehojarib; es war am neunten Tage des Monats Ab.

Und so war es auch bei der Zerstörung des zweiten Tempels. Und beidemal taten die Leviten ihren Dienst und sangen den Psalm: Und der vergelte ihnen ihr Unrecht und vertilge sie um ihre Bosheit, er vertilge sie, der Herr, unser Gott! (Psalm XXVIII/4).

Gemeinden-u.Vereins-Echo

Herzl-Feier der Münchener zionistischen Jugend

Im dichtbesetzten Steinickesaal fand am Donderstag, dem 12. Juli, die Herzl-Gedenkfeier der zionistischen Jugend statt.

Herr Dr. Emrich begrüßte namens der zionistischen Jugendverbände, der VJSt.-Jordania im KJV., des JJWB und des Turnvereins Bar-Kochba die Erschienenen und machte auf die Bedeutung dieses Tages aufmerksam. Darauf nahm Dr. J. Seide das Wort zu einer kurzen hebräischen Ansprache. In recht eindrucksvoller Weise stellte er die Zeit jüdischen Geschehens vor Eintritt Theodor Herzls in die jüdische Geschichte dar, zeigte dann, welch großen Einfluß die Persönlichkeit Theodor Herzls auf die Gestaltung jüdischen Lebens genommen hat. Manfred Sturmann las sein episches Gedicht „Der junge David" in feiner Formbeherrschung.

Herr Dr. J. Kanowitz (Berlin) hatte es übernommen, die Gedenkrede zu halten. In ausgezeichneter Weise verstand er es, den Entwicklungsgang des großen zionistischen Führers zu analysieren, zu zeigen, wie aus dem kleinen Wiener Journalisten in Paris der große jüdische Staatsmann wird.

Herzls großes Verdienst besteht vor allem darin, die Judenfrage zu einer politischen Weltfrage gemacht zu haben. Dieses Problem sollte in großzügiger Weise mit allen politischen Mitteln gelöst werden. Mit welcher Energie Herzl seine einmal erkannte Aufgabe betreibt, zeigt vor allem sein Briefwechsel mit Baron Hirsch, überhaupt sein Verkehr mit den jüdischen Notabeln. Und als Baron Hirsch auf seine Vorschläge nicht eingehen will, schreibt er ihm trotzig und selbstbewußt: „Sie sind und bleiben der große Geldjude, ich aber bin der Geistesjude."

Sein politisches Ziel ist die Erreichung des Charters, er will vom Sultan die Erlaubnis erhalten, in Palästina kolonisieren zu dürfen. Und mit uns heute phantastisch anmutenden Mitteln setzt er sich für diese Aufgabe ein.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen versuchte Dr. Kanowitz das Zeitgebundene in Herzls Gedankengebäude herauszustellen und sich mit der heute oft gehörten Parole: „Zurück zu Herzl" auseinanderzusetzen. Er zeigte, wie sehr Herzl in seinen Konzeptionen von dem Zeitgeist beeinflußt war, wie nur so seine Anregungen zu verstehen sind. Es sei eine falsche Interpretation, heute noch den Judenstaat im Sinne Herzls zu fordern. Herzl sah sein politisches Ziel im Charter. Unsere Arbeit aber beginnt erst mit der Ausschöpfung der Möglichkeiten, die uns durch die Balfourdeklaration gegeben sind.

Sehr starker Beifall lohnte den äußerst interessanten Vortrag und es ist anzunehmen, daß dieser Vortrag nicht nur die Stärke der zionistischen Idee anschaulich bewiesen, sondern auch zu ihrer Ausbreitung beigetragen hat. F. B.

Bar-Kochba, München. Am Sonntag, vormittag ab 9.30 Uhr, findet auf dem Sportplatz an der Säbener Straße das allgemeine Training sämtlicher Abteilungen statt. Wir erwarten im Hinblick auf die kommenden Veranstaltungen, Verbandsspiele für Handball mit zwei Mannschaften und Sportfest am 9. Sptember, recht zahlreichen Besuch. Weiteres Training findet statt für Herren: Dienstag abends ab 7 Uhr (Leichtathletik); Donnerstag abends ab 7 Uhr (Handball); für Damen: Donnerstag abends ab 7 Uhr, und für die Jugend während der Schulferien auch nur noch Donnerstag ab 5 Uhr jeweils auf dem Sportplatz an der Säbener Straße. (Linie 25.) Die Leitung.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Familie A. Strumpf gratuliert Familie Bier zur Bar-Mizwah ihres Sohnes RM. 1.—; Familie Gidalewitsch desgl. 1.—; Familie A. Strumpf kondoliert Herrn und Frau Horn 1.—.

Herr M. Schumer und Frau gratulieren herzlich Familie Bier zur Bar-Mizwah ihres Sohnes; dieselben kondolieren herzlich Herrn und Frau Horn RM. 2.—.

Aus **Würzburg** wird uns berichtet, daß bei der Mitgliederversammlung des Israelitischen Lehrervereins für Bayern, die am Sonntag, dem 15. Juli, stattfand, an Stelle des so plötzlich verschiedenen Herrn Oberlehrer S. Dingfelder, Herr Hauptlehrer M. Rosenfeld, München, zum 1. Vorsitzenden des Vereins gewählt wurde. Der Verein hat in diesem verdienten und allseits geachteten Münchner Schulmann sicherlich einen würdigen Nachfolger für Dingfelder gefunden.

Spenden-Ausweis

Münchener Spendenausweis Nr. 30 vom 10. bis 17. Juli 1928

Allgemeine Spenden: Benno Friedmann gratuliert Dr. M. J. Gutmann und Frau und kondoliert den Herren Dr. Schäler und Herrn Lichtenauer RM. 3.—; Familie B. Chary gratuliert Familie J. Bier zur Barmizwah ihres Sohnes und kondoliert Herrn D. Horn 2.— = RM. 5.—.

Goldenes Buch: Frieda und David Horn: Familie David Horn gratuliert Justizrat Dr. E.

Bäume: VJSt.-Jordania-Garten: Dr. M. J. Gutmann und Frau danken Freunden und Bekannten für die Glückwünsche anläßlich der Geburt ihres dritten Sohnes 3 Bäume RM. 20.—.

Dr. Elias Straus-Garten: Dr. Eliasberg und Frau gratulieren Herrn Justizrat Dr. E. Straus zum 50. Geburtstag 1 Baum RM. 6.— = RM. 26.—.

Sammeltaschen: Camilla Hohenberger RM. 3.—.

Büchsen: N. N. RM. 7.19; Frau R. Held 4.30; J. Lichtenauer 2.—; M. Bohrer 1.62 = RM. 15.11.

Summa: RM. 62.11.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1927 RM. 5550.04.

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 13. Juli 1928

Spendenbuch: Herr und Frau Louis Gutmann anläßlich Konfirmation ihrer Tochter RM. 10.—; Herr und Frau Albert Heinemann anläßlich Konfirmation ihrer Tochter 10.—; Herr und Frau Dr. Gustav Wolf anläßlich Konfirmation ihrer Tochter 10.—; Frau Anna Hirschmann anläßlich Konfirmation ihrer Tochter 10.—.

Wertzeichen: A. Percikowtisch (Erlangen) 1 NF-Telegramm RM. —.50.

Büchsen durch Robert Altmann: Bendit RM. 10.60; Hugo Bärmann 5.—; Dr. Levin 4.20; Krakenberger 4.—; Heimann 3.55; David Levite 2.—; Selma Gärtner 1.30; Arnold Friedlein —.50; Hans Halberstadt —.41; Albert Apfel 1.— = RM. 32.56.

Durch Martha Radoschitski: Ehrlich RM. 2.45; Isak Fisch 2.10; Fleischmann 1.35; Jakob Adler 1.50; Charlupsli, Radoschitski je 1.—; Friedländer —.50 = RM. 9.90.

Summa: RM. 82.96.

Seit 1. Oktober 1928 aufgebracht RM. 7185.47.

MALI DIAMAND
GERSON VERSTÄNDIG
Verlobte
München, 18. Juli 1928

Für die uns anläßlich der Bar Mizwah unseres Sohnes MORITZ erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlich.

J. BIER und Frau

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.